

Sitzung vom 26. Mai 2021

**560. Anfrage (Psychischen Belastungen von Kindern,
Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgrund der Corona-
Pandemie entgegenwirken)**

Die Kantonsräte Manuel Kampus, Schlieren, und Florian Heer, Winterthur, haben am 8. März 2021 folgende Anfrage eingereicht:

Verschiedenen Zeitungsberichten, Studien und dem aktuellen Arbeitspapier 52 von Gesundheitsförderung Schweiz zufolge gehören Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu den Bevölkerungsgruppen, die aufgrund der Corona-Krise besonders stark psychisch belastet sind. Ein Teil dieser jungen Menschen wird gemäss verschiedenen Studien auch unter psychischen Spätfolgen zu leiden haben. Entsprechend dieser erhöhten psychischen Belastung ist die Nachfrage nach Informations- und Beratungs- sowie nach psychiatrisch-psychotherapeutischen Angeboten in den letzten Monaten stark gestiegen. So verzeichnen seit Sommer 2020 auch verschiedene Schulpsychologische Dienste eine starke Zunahme von Neuanmeldungen. In seiner Medienmitteilung vom 14. Januar 2021 hat sich der Regierungsrat über die gesellschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie besorgt gezeigt und kommuniziert, dass er die Entwicklung aufmerksam verfolge und Hilfestellungen wie beispielsweise zusätzliche Mittel für Frauenhäuser und Sportvereine biete.

Wir bitten den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt der Regierungsrat aktuell das Monitoring zur psychischen Gesundheit bzw. Belastung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Zürich sicher?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle psychische Gesundheit bzw. Belastung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgrund der Corona-Pandemie ein? Inwieweit rechnet auch er mit psychischen Spätfolgen bei den erwähnten Zielgruppen?
3. Wie sieht die aktuelle Versorgung mit niederschwelliger Information und Beratung, mit ambulanten und (teil-)stationären psychiatrisch-psychotherapeutischen Angeboten (inkl. Schulpsychologischer Dienst) aus? Wie wirkt sich die zusätzliche Nachfrage auf die Beratungs- bzw. Behandlungsdauer, -intensität und -qualität in den verschiedenen Versorgungsbereichen aus? In welchen Versorgungsbereichen besteht akuter Bedarf nach zusätzlichen Ressourcen? Wie kann dieser zusätzliche Ressourcenbedarf möglichst schnell gedeckt werden?

4. Wie werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene über die bestehenden Unterstützungsangebote informiert und befähigt, diese bei Bedarf auch in Anspruch zu nehmen?
5. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat bis jetzt ergriffen, um der erhöhten psychischen Belastung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegenzuwirken? Und welche Massnahmen wird er gegebenenfalls noch ergreifen?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Manuel Kampus, Schlieren, und Florian Heer, Winterthur, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Auf nationaler Ebene veröffentlicht das Schweizerische Gesundheitsobservatorium regelmässig Monitorings zur psychischen Gesundheit in der Schweiz. Sucht Schweiz erhebt alle vier Jahre im Rahmen der internationalen Studie «Health Behaviour in School-aged Children» Angaben zu Gesundheit und Gesundheitsverhalten bei 11- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in der gesamten Schweiz. 2018 wurde diese Studie zum neunten Mal durchgeführt. Das Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich, das im Auftrag des Regierungsrates für Prävention, Gesundheitsförderung sowie für das Gesundheitsmonitoring zuständig ist, wertet diese Daten jeweils für den Kanton Zürich aus. Um die allgemeine Befindlichkeit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Kanton Zürich zeitnah erfassen und die Entwicklung der Situation beobachten zu können, hat die Bildungsdirektion zudem im Frühling 2020 den sogenannten Kindesschutzradar entwickelt. An den regelmässigen Radarbefragungen nehmen rund 35 Organisationen und Institutionen aus dem staatlichen und privaten Kindesschutz teil. Die nächste Befragung der Expertinnen und Experten ist für den Frühsommer 2021 geplant. Zur kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgungssituation im Kanton Zürich steht die Gesundheitsdirektion zudem in regelmässigem Austausch mit den psychiatrischen Kliniken.

Zu Frage 2:

Neben dem in der Anfrage erwähnten Arbeitspapier 52 von Gesundheitsförderung Schweiz weisen noch weitere Studien darauf hin, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aufgrund der Coronapandemie zu den psychisch besonders belasteten Bevölkerungsgruppen gehören. Diesbezüglich hat z. B. das Bundesamt für Gesundheit den Einfluss von Covid-19 auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und

die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz untersuchen lassen, Pro Juventute hat einen Corona-Report zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien in der Schweiz veröffentlicht, und soeben wurde unter Mitwirkung von Forschenden des Universitäts-Kinderspitals Zürich eine internationale Studie veröffentlicht, welche die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen während der Coronapandemie belegt.

Die psychiatrischen Kliniken im Kanton Zürich bestätigen dieses Bild. Seit Ausbruch der Coronapandemie zeigt sich eine deutliche Steigerung von psychiatrischen und psychosomatischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. Vor allem Depressionen, Angststörungen, Schulabsentismus und Essstörungen haben zugenommen. Auch gab es eine starke Zunahme von Kindern und Jugendlichen, die wegen Suizidversuchen auf den Notfallstationen behandelt werden mussten.

Für konkrete Aussagen zu möglichen psychischen Spätfolgen bei Kindern und Jugendlichen aufgrund der Coronapandemie ist es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Kinder und Jugendlichen keine psychischen Spätfolgen aufgrund der Coronapandemie haben werden. Ein grosser Teil weist eine gute Resilienz auf, um mit den heutigen Umständen gut umzugehen. Wichtig ist, dass Kinder und Jugendliche mit einer psychischen Erkrankung rechtzeitig behandelt werden können, damit das Risiko für eine Chronifizierung und sekundäre Probleme möglichst verringert werden kann.

Zu Frage 3:

Die Schulpsychologischen Dienste der Volksschulen verzeichnen eine starke Zunahme an Neuanmeldungen seit Beginn des Schuljahres im August 2020. Da sie sich vermehrt Fällen von Schulabsentismus sowie Jugendlichen, die unter Einsamkeit, negativen Stimmungen und depressiven Episoden leiden, und Kindern mit Ängsten und Verhaltensproblemen widmen müssen, gibt es zurzeit mehrmonatige Wartezeiten für Schülerinnen und Schüler mit Lernstörungen. Die Schulsozialarbeit und die kantonalen Informations- und Beratungsangebote der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe sowie der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung stehen auch während der Coronapandemie zur Verfügung. Die zusätzliche Nachfrage nach Beratung wird abgedeckt.

Die gegenwärtige Versorgungslage in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist angespannt. Die Nachfrage nach ambulanten und stationären Leistungen ist stark gestiegen, sodass mit Ausnahme von Notfällen neue Behandlungen in der Regel erst nach mehrmonatiger Wartezeit begonnen werden können. In diesem Versorgungsbereich besteht zurzeit ein akuter Bedarf nach zusätzlichen Mitteln. Die Gesundheitsdirektion steht diesbezüglich im engen Austausch mit den Zürcher Listenspitälern mit Leistungsauftrag Kinder- und/oder Jugendpsychiatrie.

Zu Frage 4:

Verschiedene Akteure im Kanton Zürich verfolgen das Ziel, Kinder und Jugendliche in Krisen auf die bestehenden Unterstützungsangebote aufmerksam zu machen und sie zu befähigen, diese bei Bedarf in Anspruch zu nehmen. Prävention und Gesundheitsförderung Kanton Zürich stellt dafür verschiedene Informationsmaterialien, Angebote und Projekte zur Verfügung, auch den Schulen kommt in diesem Bereich eine wichtige Informationsrolle zu. Daneben werden Kinder und Jugendliche über Medienkanäle, die sie bevorzugt nutzen, direkt angesprochen sowie durch die aufsuchende Arbeit, z. B. in Schulhaussprechstunden, Jugendtreffs oder Jugendhäusern.

Prävention und Gesundheitsförderung Kanton Zürich entwickelt und finanziert aktuell eine massenmediale Kampagne, die das Thema Suizidalität bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen thematisiert und aufzeigt, dass man über Suizidgedanken sprechen soll und wo man Hilfe findet. Sie ist zudem massgeblich an der Kampagne «Wie geht's dir?» der Deutschschweizer Kantone beteiligt. Diese hat zum Ziel, die psychische Gesundheit zu stärken, und richtet sich insbesondere an junge Menschen. Sie verfolgt den Ansatz, die Emotionsregulierung von Jugendlichen zu stärken und eine konstruktive Bewältigung von Krisen zu fördern.

Die Spitäler und Psychiatrien mit Leistungsaufträgen im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie informieren in der Regel über ihre Webseite und weitere Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit über entsprechende Angebote. Daneben werden Patientinnen und Patienten sowie ihre Eltern auch über die Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte, niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten über weitere Behandlungsmöglichkeiten informiert.

Zu Frage 5:

Der Regierungsrat hat verschiedene Massnahmen aufgegleist, um Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der Coronapandemie zu unterstützen. So wurde eine interdisziplinäre Taskforce eingesetzt, um Jugendliche sowie Lehr- und Studienabgängerinnen und -abgänger beim Finden einer Anschlusslösung zu unterstützen, das Kontingent an Entlastungslektionen für die Begleitung von psychosozial oder schulisch gefährdeten Jugendlichen wurde erhöht sowie zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Krisenbewältigung zur Verfügung gestellt. Zur Verbesserung der Versorgungslage der Kinder- und Jugendpsychiatrie konnte bisher das Ambulatorium Zürich Nord ausgebaut werden, seit Anfang Jahr wurde der Notfalldienst aufgestockt, und zuletzt wurden die Kapazitäten des Hometreatment-Angebots für Kinder und Jugendliche der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich verdoppelt.

Da diese Massnahmen den steigenden Bedarf an jugendpsychiatrischen Versorgungsleistungen nicht vollständig auffangen konnten, steht die Gesundheitsdirektion derzeit mit den Leistungserbringern in einem intensiven Austausch, um die ambulante und stationäre Versorgung mit zusätzlichen Massnahmen sicherzustellen. Als Sofortmassnahme zur Diskussion steht insbesondere der Ausbau des Personalbestandes in den Ambulatorien. Stationär haben die Kliniken soweit möglich bereits Massnahmen umgesetzt. Zusätzlich geprüft werden Optimierungsmöglichkeiten bei der Betteneinteilung der psychiatrischen Kliniken mit Leistungsauftrag für Kinder und Jugendliche, damit alle Kapazitäten bestmöglich genutzt werden können. Da kurzfristig stationär keine weiteren Kapazitäten geschaffen werden können, wird auch die vermehrte Nutzung von Kapazitäten auf den Erwachsenenstationen geprüft. Hierfür werden Massnahmen zur bestmöglichen Versorgung von auf den Erwachsenenstationen hospitalisierten Jugendlichen geprüft.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli